



Positionen zu Frieden

POSITIONEN ist der Newsletter des Kirchenkreises Hamburg-Ost, der immer dann erscheint, wenn es kontrovers wird und kirchliches Engagement bzw. kirchliche Themen in der Kirche und in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Anlass für die aktuelle Ausgabe sind die kirchlichen Stellungnahmen zum Kriegseinsatz in Syrien und die Suche nach einer friedenspolitischen Standortbestimmung.

INHALT

Einführung	2
„Frieden kann nicht mit Waffen gewonnen werden“ – Kirchliche Stellungnahmen	2
Interview mit Propst Matthias Bohl ...	3
Es gibt da ja schon was! – Grundsätze evangelischer Friedensethik	4

Positionen – Stimmen aus dem Kirchenkreis	4
Veranstaltungs-Tipps	7
Kontakt	7

Einführung ins Thema

Seit Dezember 2015 beteiligt sich Deutschland an den Militäreinsätzen in Syrien. Es geht um die Bekämpfung des Terrorismus – aber ist Krieg der richtige Weg? **Wie steht die evangelische Kirche dazu und wie kommen auch wir als Mitarbeitende zu einer Position?** Sollten und wenn ja, wie können kirchliche Akteure Handlungsoptionen empfehlen, Forderungen erarbeiten und diese wirksam vertreten?

In der vergangenen Woche (26. bis 28.2.) tagte die Nordkirchensynode. Auf der Tagesordnung: eine Resolution des Ausschusses „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ gegen die Militäreinsätze in Syrien. Nach intensiver Diskussion wurde sie angenommen, zwölf der 156 Synodalen stimmten

dagegen, zahlreiche enthielten sich. Propst Matthias Bohl hatte die Resolution als Vorsitzender des Ausschusses eingebracht. Im Interview mit ihm erfahren Sie mehr über die Forderungen.

Auch in unserem Kirchenkreis gewinnt die friedenspolitische Standortbestimmung an Bedeutung: Sie wird in den kommenden Monaten zu einem Schwerpunktthema im Bereich Diakonie und Bildung.

Mehr als genug Gründe für ein aktuelles POSITIONEN! Lesen Sie Hintergrundinfos und Stellungnahmen von Mitarbeitenden und Leitenden sowie aktuelle Veranstaltungs- und Linktipps.

„Frieden kann nicht mit Waffen gewonnen werden“

Kirchliche Stellungnahmen zum Militäreinsatz

Bereits vor der Bundestagsdebatte zu den Militäreinsätzen in Syrien haben sich Stimmen in der evangelischen Kirche sehr deutlich gegen den Kriegseinsatz positioniert.

Die grundlegende Argumentation aller Stellungnahmen: Militärische Mittel seien nicht geeignet, um den Terror zu bekämpfen. Dies führe zu noch mehr Destabilisierung in den Regionen. Es wird kritisiert, dass es für den Einsatz kein UN-Mandat gebe und es auch nicht geplant sei, eines zu erhalten. Es brauche eine gesamte politische, keine militärische Strategie nach alter Kriegslogik, so heißt es.

Nach Bekanntwerden der geplanten Militäreinsätze Deutschlands meldete sich am 28. November 2015 als erstes die **Landessynode Hessen-Nassau** mit einer Resolution zu Wort: „Waffengewalt lockt mit schnellen Wirkungen, doch sie führt nicht zum Erfolg. Wir treten dafür ein, die Gewalt jeglicher Terrorbewegungen mit den Mitteln des Völkerrechts (UN-Mandat), der Ökonomie (wirksames Wirtschaftsembargo, Stoppen der Geldströme, dem Stopp von Rüstungsexporten, Sanktionen gegen Unterstützer) und Argumentation zu bekämpfen.“ www.ekhn.de

Renke Brahms, Friedensbeauftragter der EKD, argumentiert am 2. Dezember 2015 auf der Grundlage der friedens-

ethischen EKD-Denkschrift von 2007 und kommt zu dem Schluss, dass die Voraussetzungen für einen militärischen Einsatz in Syrien nicht vorliegen. Andere Lösungsansätze seien gefragt: „**Nur die Einbeziehung vieler am Konflikt beteiligter Staaten inklusive Russlands und der Nachbarländer wird einen Prozess ermöglichen, der dem sog. IS den Boden entzieht. (...) Terrorismus ist ein Verbrechen und ist wie ein Verbrechen zu bekämpfen. Die Kriegsrhetorik führt in die Irre und darf das Handeln nicht bestimmen. (...) Langfristig halten wir es für nötig, die Erfahrungen aus der Politik der westlichen Staaten in den letzten 60 Jahren in Ruhe auszuwerten. Dazu wird auch die Einsicht in die Mitverantwortung des Westens für die in diesen Jahren gewachsenen Konflikte sowie die Notwendigkeit eines neuen Verhältnisses des Westens zu den Ländern des Nahen Osten gehören müssen.**“ · www.ekd.de

Am 3. Dezember, direkt nach dem Bundestagsbeschluss, folgte die Resolution der **Kirchenleitung Badens**, die sich an die Argumentationen von Hessen-Nassau anschließt und betont: „Das Pauluswort ‚Lasst Euch nicht vom Bösen überwinden, sondern überwindet das Böse mit Gutem‘ (Röm 12,21) ist nicht Ausdruck naiver Weltferne – auf die aktuelle politische Situation übertragen bedeutet es die Anforderung, alle Anstrengungen auf Alter-

nativen zu einem militärischen Vorgehen zu richten, um die Gewaltspirale zu durchbrechen!“ · www.ekiba.de

Ebenfalls am 3. Dezember veröffentlichte **Brot für die Welt** ein Positionspapier zum so genannten „Krieg gegen den Terrorismus“ und rückt im Blick auf eine neue Friedenslogik auch die Eigenverantwortung Deutschlands in den Blick: „**Ein friedenslogischer Ansatz fragt immer auch nach der eigenen, eventuell konfliktverschärfenden Rolle. Wenn wir uns die aktuellen Rüstungsexporte aus Deutschland anschauen, dann fällt auf, dass trotz der hoch eskalierten Situation vor Ort weiterhin schwerpunktmäßig in den Nahen und Mittleren Osten geliefert wird (...). Seit Jahren gehen Exporte in die Region, und nicht nur Waffen, sondern auch Lizenzen zum Nachbau (...). Die mangelnde Endverbleibskontrolle, zusammen mit der Langlebigkeit von Klein- und Leichtwaffen führt dazu, dass deutsche Waffen in der gesamten Region verbreitet sind. Daher fordern wir einen Stopp von Rüstungsexporten in die Krisenregion Naher und Mittlerer Osten, die Rücknahme von Lizenzen zum Nachbau deutscher Waffen und Maßnahmen zur Abrüstung und Verschrottung von im Umlauf befindlichen Waffen.**“ www.brot-fuer-die-welt.de

Vier Fragen an: Propst Matthias Bohl

Auf der Landessynode wurde Ihr Antrag auf eine Resolution „Frieden kann nicht mit Waffen gewonnen werden“ diskutiert. Welche zentrale Forderungen enthält die Resolution – und wie hat sich die Synode dazu verhalten?

Die Resolution „Gerechter Frieden kann nicht mit Waffen gewonnen werden“ richtet zunächst den Blick auf die dramatische Lage der Menschen in Syrien, die seit fünf Jahren einem entsetzlichen Krieg ausgesetzt sind. Mehr als eine Viertelmillion Menschen wurden bereits getötet und zwölf Millionen Menschen sind auf der Flucht. Krieg in Syrien ist die Ursache dieser Fluchtbewegung, nicht ein Mittel dagegen. Deshalb ist die Landessynode getragen von der Überzeugung, dass jeder militärische Eskalationsschritt die Lage der Zivilbevölkerung weiter verschlechtert. Das ist auch die Antwort auf das ethische Dilemma, das angesichts des unendlichen Elends und Leidens in Syrien Fantasien für einen friedenserzwingenden Militäreinsatz aufgekomen lässt. Es wird nicht gelingen. Die Landessynode fordert mit ihrer Resolution zu einer umgehenden Beendigung des Bundeswehreininsatzes auf.

Was sollen und können die Forderungen bewirken, wie werden sie jetzt weitergetragen – was erhoffen Sie sich?

Die Resolution bringt ja zum Ausdruck, dass eine deutsche Außenpolitik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie auf Besonnenheit und nicht-militärische Mittel setzt.

Deshalb möchten wir mit dieser Resolution die Kräfte in unserem Land stärken, die mehr Fantasie dafür entwickeln, wie und mit welchen zivilen Mitteln die Gewalt – auch die des sogenannten „Islamischen Staates“ – gestoppt werden kann. Dabei spielt der Zusammenhalt Europas eine wichtige Rolle. Als Kirchen haben wir in Europa enger zusammenzurücken, um mit einer gemeinsamen starken Friedenshaltung die Regierungen in Europa vor militärischen Konfliktlösungen zu warnen.

Andere Landeskirchen wie Baden oder Hessen-Nassau haben sich bereits vor oder kurz nach dem Bundestagsbeschluss im Dezember 2015 zu Wort gemeldet, die Nordkirche erst jetzt – ist das nicht zu spät?

Die Nordkirche hatte mit der jetzt im Februar stattgefundenen Synodentagung die Chance, die verschiedenen kirchlichen Stellungnahmen aus dem Dezember zu verstärken. Denn die Tatsache, dass die Unterstützung des militärischen Kampfes gegen den „IS“ durch die Bundeswehr nicht mehr in den Schlagzeilen ist, darf nicht zu einem stillen Hinnehmen dieses ja immer noch laufenden Einsatzes führen. Wir müssen den kritischen Diskussionsprozess über den Bundeswehreininsatz ohne legitimierendes UN-Mandat wachhalten.



Propst Matthias Bohl ist Vorsitzender des Ausschusses "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" der Nordkirchen-Synode.

Ihre generelle Einschätzung: Wie verschafft sich die evangelische Kirche aus Ihrer Sicht am besten Gehör in friedenspolitischen Fragen?

Ein Hören der Gesellschaft auf die kirchliche Stimme in friedenspolitischen Fragen wird es dann geben, wenn die Friedenshaltung in der Kirche selbst gelebt wird und über friedensethische Fragen auf allen Ebenen und überall in unserer Kirche gerungen wird. Es geht um Friedensbildung, um die Suche nach einer gemeinsam gefundenen Friedenshaltung: „Die Nordkirche wird eine Kirche des gerechten Friedens.“

Der Ausschuss „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“

Dieser Ausschuss wurde in der neugewählten Landessynode der Nordkirche in der Februar-Tagung 2013 gebildet. Er entstand aus der Initiative der Landessynode selbst heraus und nahm damit eine Tradition der ehemaligen Mecklenburgischen Landeskirche auf. Der grundsätzliche Beschluss, solch einen Ausschuss zu bilden, erfolgte bereits in der November-Synode 2012, um dem Artikel 1, Abs. 7 der neuen Verfassung in der synodalen Arbeit Nachdruck zu verleihen: „Die Evangelisch-

Lutherische Kirche in Norddeutschland tritt ein für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sowie für die Wahrung der in der Gottesebenenbildlichkeit gründenden Menschenwürde und der Menschenrechte in der Welt.“ Der Ausschuss hat zehn synodale Mitglieder. Aus dem Kirchenkreis Hamburg-Ost gehören dazu: Propst Matthias Bohl, Wolfgang Grytz und Christina von Eye. Der Ausschuss arbeitet der Synode und dem Präsidium zu, bringt Themen ein und arbeitet an Stellungnahmen.

Es gibt da ja schon was!

Grundsätze evangelischer Friedensethik

EKD

Bereits 2007 hat die EKD ein Leitbild erarbeitet: „Aus Gottes Frieden leben für gerechten Frieden sorgen“, in dem „ein auf christlicher Verantwortung beruhender, sorgfältig geprüfter und stellvertretend für die ganze Gesellschaft formulierter Konsens zum Ausdruck kommen“ soll.

Die Leitgedanken: „Friede ist keine Selbstverständlichkeit. Ihn zu wahren, zu fördern und zu erneuern, ist eine immerwährende Aufgabe. (...) Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Wer aus dem Frieden Gottes lebt, tritt für den Frieden in der Welt ein. Gerechter Friede in der globalisierten Welt setzt den Ausbau der internationalen Rechtsordnung voraus. Staatliche Sicherheits- und Friedenspolitik muss von den Konzepten der ‚Menschlichen Sicherheit‘ und der ‚Menschlichen Entwicklung‘ her gedacht werden.“

Die Denkschrift betont auch, dass die Drohung mit dem Einsatz nuklearer Waffen in der Gegenwart friedensethisch nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Das Besondere: Die Kammer der EKD für Öffentliche Verantwortung konnte diese Schrift einstimmig verabschieden und auch der Rat der EKD hat sie einstimmig bejaht. Das ist nicht selbstverständlich, denn zu einer Positionierung zum Thema Frieden hat es in der Evangelischen Kirche immer wieder Diskussionen und Auseinandersetzungen gegeben.

www.ekd.de

Ökumene

Die zehnte Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen verabschiedete 2013 im koreanischen Busan das Leitbild des gerechten Friedens, das sich aus dem konziliaren Prozess der christlichen Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung entwickelt hat, der 1983 begonnen wurde. Dort heißt es: „Der Weg des gerechten Friedens ist ein kollektiver und dynamischer, doch zugleich fest verankerter Prozess, der darauf ausgerichtet ist, dass Menschen frei von Angst und Not leben können, dass sie Feindschaft, Diskriminierung und Unterdrückung überwinden und die Voraussetzungen schaffen können für gerechte Beziehungen, die den Erfahrungen der am stärksten Gefährdeten Vorrang einräumen und die Integrität der Schöpfung achten.“

Gerechter Friede ist, so der ÖRK, in folgenden Kontexten zu gestalten:

- Frieden in der Gemeinschaft – damit alle Menschen frei von Angst leben können
- Frieden mit der Erde – damit Leben erhalten bleibt
- Frieden mit der Wirtschaft – damit alle in Würde leben können
- Frieden zwischen den Völkern – damit Menschenleben geschützt werden.

Die zehnte Vollversammlung beschloss zur Implementierung des Leitbildes einen „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“. Damit wurden die Kirchen der Welt eingeladen, gemeinsam eine „Kirche des Friedens“ entstehen zu lassen.

www.oikoumene.org

Positionen in der Kirche

Wir haben gefragt:
Angesichts des deutschen
Militäreinsatzes in Syrien und
weiterer Flucht vor Terror und
Krieg: Sollte die evangelische
Kirche friedenspolitische
Forderungen unterstützen
und wenn ja, welche?

Bischöfin Kirsten Fehrs

„Schwerter zu Pflugscharen“ – mit diesem Bibelwort protestierten Christen in Ost und West vor 30 Jahren gegen die atomaren Vernichtungsdrohungen der Militärblöcke. Heute stehen wir vor Kriegen neuer Qualität, etwa in Syrien. Ein grausames Regime mordet das eigene Volk, Großmächte schicken Kampfbomber, Terroristen erobern ganze Landstriche, bedrohte Minderheiten flehen um Hilfe. Es gibt hier keine einfachen Lösungen, genauso wenig wie in Afghanistan. Und doch können wir nicht schweigen, zum Beispiel zu den deutschen Rüstungsexporten. Jahr für Jahr wächst das Geschäft mit dem Tod. Und was Syrien betrifft: Es ist wichtiger denn je, „alle Anstrengungen auf Alternativen zu einem militärischen Vorgehen zu richten, um die Gewaltspirale zu durchbrechen“, so hat es unsere Landes-synode jetzt in dankenswerter Klarheit formuliert. Wir dürfen die Vision vom Frieden nicht aufgeben, gerade heute nicht.“

Julika Koch

Referentin für Friedensbildung
in der Nordkirche

Die Kirche sollte friedenspolitische Forderungen auf den verschiedensten Ebenen unterstützen und Geschichten von gelingenden Friedensprozessen weitererzählen. Priorität sollte Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) haben. Kirche kann sich zum Beispiel engagieren, dass ZKB angemessen mit Finanzmitteln ausgestattet wird, denn mit Ziviler Konfliktbearbeitung gelingt es in vielen Fällen, gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden oder beizulegen und nach gewaltsamen Auseinandersetzungen das Zusammenleben von ehemaligen Konfliktparteien vor Ort wieder möglich zu machen. Dadurch wird Zivilgesellschaft gestärkt oder wieder aufgebaut. Es ist überraschend, wie viel zivilgesellschaftliches Engagement es zum Beispiel nach wie vor in Syrien gibt (www.adoptrevolution.org). Entscheidend ist, dass die Konfliktparteien aktiv in die Suche nach angemessenen Lösungen einbezogen werden. Bürgerrechte und Menschenrechte sowie ethische Vorgaben aus religiösen Traditionen mit ihren jeweiligen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Frieden sind Handwerkszeug dafür. Zum Weiterlesen empfehle ich Markus Weingardt „Was Frieden schafft“, darin gibt es elf Beispiele für religiöse Friedensarbeit.



Stimmen aus dem Kirchenkreis



Rebecca Rafatian

Flüchtlingshilfe Diakonie + Bildung

Die westlichen Militärinterventionen der letzten Jahrzehnte im Nahen Osten sind ausnahmslos gescheitert und das sollte uns allen spätestens seit Afghanistan bewusst geworden sein. Der heutige Einsatz in Syrien ist erneut lediglich als diplomatische Geste unter Bündnispartnern zu verstehen – viel wichtiger sind jedoch gewaltfreie Lösungen, die nicht der Durchsetzung einseitiger Interessen dienen. Die evangelische Kirche, als gesellschaftlicher Akteur mit hoher sozialetischer Verantwortung, spielt dabei eine große Rolle. Selbstverständlich sollte es zu ihrem Auftrag gehören, gerecht Frieden zu stiften und deshalb auch friedenspolitische Forderungen zu unterstützen. Auf der einen Seite kann der Verzicht von Kampfdrohnen, oder gar die Beendigung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr verlangt werden. Doch auf der anderen Seite sollten besonders die Ursachen von Krieg und Fluchtbewegungen kritisiert werden. In diesem Kontext müssen Forderungen gegen die Rüstungsindustrie und gegen Ressourcen-Ausbeutung definitiv unterstützt werden.



Pastorin Käthe Stäcker

Diakonie + Bildung

Ja – auf jeden Fall sollte die evangelische Kirche friedenspolitische Forderungen unterstützen – und zwar noch viel mehr und deutlicher als bisher. Denn die Erfahrungen aus den Kriegen in Afghanistan und im Irak haben gezeigt, dass militärische Mittel – sei es der Bundeswehreinsatz oder deutsche Rüstungsexporte – völlig ungeeignet sind, die Konflikte in Syrien und im Nahen Osten zu lösen. Frieden kann nicht mit Waffen gewonnen werden. Es braucht eine internationale von der UNO gebilligte langfristige friedenspolitische Gesamtstrategie auf der Grundlage des Völkerrechtes, die dazu verhilft, den Terrorismus selber auf der Basis polizeilicher Logik zu bekämpfen. Gleichzeitig muss eine an entwicklungspolitischen und humanitären Zielen orientierte Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut werden und drittens braucht es international finanzielle Unterstützung zur Förderung und den intensivem Ausbau von Projekten zur zivilen Konflikttransformation.

Jan Salzwedel

Kirchliches Verwaltungszentrum

Die evangelische Kirche sollte in jedem Fall die Ansätze unterstützen, die zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes führen. Diplomatische Bemühungen sollen und müssen Vorrang vor militärischen Mitteln haben. Nichtsdestotrotz darf auch die Kirche die Augen nicht vor Gegebenheiten verschließen, die eine andere Lösung nicht zulassen. Wenn Menschen gezielt angegriffen werden und es keine staatliche Struktur mehr gibt, die die Bevölkerung schützen kann, muss es möglich sein, Menschen- und Bürgerrecht auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Auch von außen.

Davor dürfen wir uns als Kirche nicht verstecken und sollten auch den Mut haben, uns hinter die wehrhafte Demokratie zu stellen. Dabei zuzusehen, wie Menschen gezielt und bewusst verletzt und getötet werden, können und dürfen wir uns nicht leisten.



Gertrud Wellmann-Hofmeier

Synodale

Wir spüren alle den Druck, der durch die vielen geflüchteten Menschen entsteht, die bei uns Schutz vor Terror und Krieg suchen. Für den vom Bundestag beschlossenen deutschen Militäreinsatz in Syrien gibt es kein Mandat des UN-Sicherheitsrats. Das wäre meines Erachtens eine notwendige Voraussetzung.

Die Kirchen befinden sich seit der Tagung des ÖRK in Busan 2013 auf dem „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“. Was bedeutet das für die Nordkirche? Sie muss nach den Ursachen der kriegerischen Auseinandersetzungen fragen und sich für die Beseitigung der Fluchtursachen einsetzen. Es muss eine friedensethische und -politische Debatte angestoßen werden, die nach zivilen Lösungen sucht. Mit Lieferungen von Rüstungsgütern in Krisengebiete wird kein Krieg beendet. Unsere Kirche sollte sich für ein Verbot von Kleinwaffen aussprechen sowie für eine Rüstungsexportkontrolle. Es ist notwendig, die Drehscheibe für Rüstungsgüter im Hafen mit Hinweis auf die Hamburger Verfassung, die dem Frieden dienen will, zu benennen und Transparenz zu fordern. Humanitäre Hilfe, gewaltfreie Alternativen, zivile Friedensdienste und ein Nein zu Militäreinsätzen: Hier braucht es das Einstehen und die Unterstützung unserer Kirche.



Martin Kleinert

Regionalleiter Kita

1. Die Vision einer Welt ohne Waffen ist zu unseren Lebenszeiten wahrscheinlich unrealistisch. Aber Waffenexporte in Nicht-EU- oder NATO-Länder sollten verboten werden. Das Argument der Sicherungen von Industriestandorten und Arbeitsplätzen kann hier nicht gelten, da es unmoralisch ist, Geld mit dem Leid und potentiellen Tod von Menschen zu verdienen. Nur zu diesem Zweck werden Waffen gebaut.

2. Wenn keine Waffengewalt mehr regiert, braucht es ein faires und nachhaltiges Weltwirtschaftssystem, das allen Menschen in allen Ländern der Welt ein gutes und sicheres Leben ermöglicht. Davon sollte sich die Kirche leiten lassen.



Cornelia Weschke

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ja, eindeutig ja. Kirche sollte friedenspolitische Forderungen unterstützen! Warum? Das Geflecht von politischen Zwängen, nationalen Egoismen und wirtschaftlichen Interessen, das über Krieg und Frieden entscheidet, ist kaum noch zu entwirren und hat eine beängstigende Eigendynamik entwickelt. In dieser Gemengelage brauchen wir mehr denn je eine Kirche, die als Korrektiv für die „Option Frieden“ steht, und die diese immer wieder in die gesellschaftliche Debatte einbringt. Aktuell beschäftigt uns sehr, was unsere Mitglieder von uns erwarten und wie wir besser mit Ihnen kommunizieren können. Auch in diesem Kontext sollten wir uns im Rahmen der Nordkirche und/oder der EKD gemeinsam für das Projekt „Frieden“ stark machen.



Pastorin **Hanna Lehming**
Nahostreferentin im Zentrum für
Mission und Ökumene der Nordkirche

Die Synode der Nordkirche hat soeben eine Resolution zu Syrien beschlossen. Nicht ein einziges Wort der Synode jedoch während fünf Jahren eines entsetzlichen Krieges mit 250.000 Toten und zwölf Millionen Menschen auf der Flucht! Kein Wort zur drohenden Auslöschung des mittelöstlichen Christentums, zu Verschleppung und Vergewaltigung von Frauen und Kindern, zu massenhaften Entführungen und Lösegelderpressungen und zu einem Diktator, der auf die eigene

Bevölkerung Fassbomben abwirft. Dabei wäre doch die erste friedenspolitische Forderung, dass kein Krieg sein soll und alles dafür getan wird, einen anhaltenden Krieg zu beenden. Das jetzige Votum der Synode entbehrt daher jeder Glaubwürdigkeit. Auch die Verhinderung von Völkermord und Terrorisierung einer Bevölkerung ist ein grundlegendes ethisches Gebot. Ob die Not der betroffenen Menschen eher durch den Einsatz von Waffen oder den Verzicht auf Waffen überwunden werden kann, ist keine Gesinnungsfrage, sondern muss im Blick auf die Betroffenen geprüft werden.

Veranstaltungen in 2016

Februar bis Herbst 2016

Lektüre- und Diskussionskurs:

„Du machst weit die Grenzen meines Landes“ (Jesaja 26.15) – Kontextuelle Theologie zum Thema Frieden und Fluchtursachen

Leitung: Käthe Stäcker, Maren Bieler, Christel Ewert

25. März, Karfreitag

17. Kreuzweg für die Rechte der Flüchtlinge von Brot & Rosen

Themen: „Waffenexporte über den Hamburger Hafen und Kriegsflüchtlinge“, „Transitzonen und Hotspots – oder geht es um Menschenrechte?“ und „Das Mittelmeer ist Golgatha“.

28. März, Ostermontag

Hamburger Ostermarsch 2016

Keine Bundeswehreinätze im Ausland – Syrieneinsatz beenden! – Rüstungsexporte stoppen! Flüchtlinge aufnehmen – Fluchtursachen bekämpfen.

17. Juni

Wichernsaal, Rauhes Haus
9.30–17 Uhr

Fachtag zum friedenspolitischen Auftrag der Kirche angesichts der zunehmenden Militarisierung

Vorträge u. a. von Andreas Zumach, Journalist und Experte für Völkerrecht, Menschenrechts- und Sicherheitspolitik, Träger des Göttinger Friedenspreises, Genf; Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Institut für Friedensforschung, Gießen; Expertinnen und Experten aus der EKD und der ökumenischen Diskussion.

Diakonie + Bildung veranstaltet den Fachtag, Mitarbeitende des Kirchenkreises und der Kirchengemeinden sind eingeladen.

Anmeldungen sind ab sofort möglich an:
Ina Lund
i.lund@kirche-hamburg-ost.de

29. September–1. Oktober Tagung der Landessynode der Nordkirche

u. a. mit einem Themenschwerpunkt „Friedensethik – auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens.“

6.–16. November

Ökumenische FriedensDekade in diesem Jahr unter dem Titel: „Kriegsspuren“

Die Ökumenische FriedensDekade will bundesweit in zahlreichen Veranstaltungen auf Spuren aufmerksam machen, die Kriege hinterlassen, aber auch auf Spuren aufmerksam machen, die zu Kriegen führen.

Impressum

Herausgeber: Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit · Danziger Straße 15–17 · 20099 Hamburg
Telefon (040) 51 90 00-136 und -142 · intern@kirche-hamburg-ost.de
Redaktion: Kerstin Klingel, Beate Timann · Grafik: Veronika Grigkar (grigkar.de)

Was ist Ihre Position?

Haben Sie Fragen oder Rückmeldungen zum Thema oder zum Newsletter?

Schreiben Sie uns (Kerstin Klingel und Beate Timann) an
intern@kirche-hamburg-ost.de